

Agrarbündnis Bayern



Weitere Unterstützer:

Kein Patent auf Leben



Umweltinstitut München



attac München



Naturfreunde Deutschland



Zivilcourage Freie Bauern
und Bürger AG- gegen
AgroGentechnik



München, 8.Mai 2014

Text der Forderungen des Agrarbündnisses Bayern an EU Handelskommissar Karel De Gucht

Undemokratische TTIP-Verhandlungen beenden

Das Agrarbündnis Bayern sieht die weitgehend im Geheimen ablaufenden Verhandlungen zum TTIP als Versuch, Konzerninteressen und Privatisierungen auf Kosten von Bürgerrechten, kommunaler Daseinsvorsorge, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Sozialstandards voranzutreiben.

Den Beteuerungen, europäische Schutzstandards im Bereich Verbraucherschutz oder Umweltvorsorge würden nicht angetastet, vertrauen wir nicht. Denn selbst wenn diese Schutzstandards bei den jetzigen Verhandlungen zunächst nicht angetastet werden, können sie nach Abschluss der Verhandlungen im Rahmen der vorgesehenen „regulatorischen Kooperation“ erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Über den Rat für regulatorische Kooperation erhalten die US-Regierung und Wirtschaftslobbyisten exklusiv Informationen über alles, was die EU-Kommission plant – noch vor dem EU-Parlament, nationalen Parlamenten und nationalen Regierungen.

US-Behörden und EU-Kommission beratschlagen, ob etwas TTIP-konform ist, bevor Gesetzesinitiativen dem Europäischen Parlament vorliegen.

Damit würde die EU-Kommission mit Unterzeichnung des TTIP weiter zum Abbau von Demokratie in Europa beitragen.

Wir sehen also unsere demokratischen Grundrechte in Gefahr und fordern daher den sofortigen Abbruch der Verhandlungen.

Unsere Hauptkritikpunkte

Schutzstandards beim Umwelt- und Verbraucherschutz drohen abgebaut zu werden. Damit kann das bewährte europäische Vorsorgeprinzip ausgehebelt werden.

Die geplanten transatlantischen Expertengremien schaffen ein Paradies für Konzernlobbys, die Verbesserungen im Sinne des Verbraucher- und Umweltschutzes erschweren können.

Der Import von z.B. nicht deklarierten gentechnisch veränderten Lebensmitteln, Pflanzen und Tieren kann ermöglicht werden.

Sonderklagerechte für Investoren schränken staatliche Handlungsmöglichkeiten ein und untergraben Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Private Dienstleistungsanbieter erhoffen sich eine weitere Liberalisierung und Privatisierung gesellschaftlicher Güter wie Wasser, Energie, Verkehr, Bildung und Gesundheit. Die kommunale Daseinsvorsorge ist in Gefahr.

Verhandlungsdokumente werden bisher nicht veröffentlicht. Die jetzt eingeräumten Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure werden zur Farce, wenn lediglich Rechtsanwälte die Fragestellungen bearbeiten können, und die Konsultationsteilnehmer/innen nur zu einem „wie“, nicht aber zu einem „ob“ beim Investitionsschutzabkommen Stellung beziehen können.

Die Absicht, Standards und Regelungen des TTIP gemeinsam global durchzusetzen, gefährdet wirtschaftliche, ökologische und menschenrechtliche Verbesserungen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Es sind weder Anhörungen noch Wirkungsanalysen für Drittstaaten vorgesehen.

Unsere Anliegen

Keine Absenkung von Standards in den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Arbeitnehmerrechten und keine globale Strategie zur Durchsetzung dieser von Konzernen definierten „Weltstandards“.

Chancen zur Erhaltung und Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe und nachhaltiger Landwirtschaft statt einer weiteren Industrialisierung und Exportorientierung des Agrarsektors mit Armut fördernden Folgen für den Globalen Süden.

Keine Sonderklagerechte für Investoren, stattdessen einklagbare Menschenrechte gegenüber Konzernen.

Solidarität, gemeinsame Verantwortung und partnerschaftliche Kooperation statt steigendem Wettbewerbsdruck gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern.

Keine weitere Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Wir fordern einen Abbruch dieser Verhandlungen!

Denn solche Freihandelsverträge sind keine Lösungen für globale Herausforderungen. Wir benötigen faire Handelsbeziehungen, deren Ziel ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung ist. Ein Abkommen, das im Geheimen und ohne parlamentarische Kontrolle zur Spielwiese von Wirtschaftslobbyisten und Konzerninteressen wird, darf es nicht geben!

Die EU-Kommission muss sich für den Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürgern einsetzen, denn unsere Gesundheit und Umwelt, bäuerliche Landwirtschaft und sozialen Standards dürfen nicht dem Ausverkauf an Konzerne ausgeliefert werden. Die EU Kommission muss sich in einem transparenten politischen Prozess engagieren, der neue globale Investitions- und Handelsstrukturen schafft, die im Einklang mit dem Völkerrecht, den Menschenrechten und dem öffentlichen Interesse stehen.

Wir erwarten einen sofortigen Abbruch der weiteren Verhandlungen!

Unterzeichnerorganisationen:

Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft Bayern e.V.,

Attac München

BUND Naturschutz in Bayern e.V.,

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM)

Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V.,(DBIB)

European Professional Beekeepers Association EPBA,

IG Bauen-Agrar-Umwelt, Region Bayern,

Initiative „Kein Patent auf Leben“

Landesbund für Vogelschutz,

Landesvereinigung für den ökologischen Landbau,

Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland

Mission EineWelt

Naturfreunde Deutschlands

Slow Food Deutschland

Tagwerk e.V.

Umweltinstitut München

Zivilcourage Freie Bauern und Bürger AG- gegen AgroGentechnik

Für Rückfragen: Marion Ruppaner, BN Referentin für Landwirtschaft und Geschäftsführung
für das Agrarbündnis Bayern

Tel. 0911/81 87 8-20, E-Mail: marion.ruppaner@bund-naturschutz.de, Bund Naturschutz,
Landesfachgeschäftsstelle, Bauernfeindstr. 23, 90 471 Nürnberg